



Bild: Michelangelo, CC-PD-Mark

# Mit Gott gegen Vielfalt?

## Christlicher Fundamentalismus und seine politische Agenda

Sonntag · 12. Oktober · 17:00

AZ Conni · Rudolf-Leonhard-Straße 39

Dresden

Eintritt frei



**weiterdenken**

HEINRICH BÖLL STIFTUNG SACHSEN

[www.weiterdenken.de](http://www.weiterdenken.de)

Christliche Fundamentalist\_innen haben zu vielen Themen klare Ansichten. Homosexualität halten sie für Sünde, Gendermainstreaming für einen Angriff auf eine natürliche Ordnung der Geschlechter und andere Religionen sind für sie schlicht Irrglauben. Mitnichten sollen solche Einstellungen Privatsache bleiben, christliche Fundamentalist\_innen suchen gezielt nach politischer Einflussnahme – und das auch in Sachsen.

Die Journalistin Jennifer Stange hat sich eingehend mit evangelikalen Strömungen in Sachsen und ihrer politischen Agenda auseinandergesetzt. Die Ergebnisse ihrer Recherche sind besorgniserregend, neben homophoben, patriarchalen und islamfeindlichen Standpunkten ist auch der Schulterschluss mit so mancher rechtsradikaler Position erschreckend augenfällig. Wenn fundamentalistische Gesellschaftskritik dann noch auf lokale- und landespolitische Andockungspunkte statt auf klare Abgrenzung trifft, greift dies die Grundfesten einer demokratischen, pluralistischen und aufgeklärten Zivilgesellschaft an.

Dem gilt es sich entschieden entgegenzustellen, weswegen im Anschluss an den Vortrag nicht nur die theoretischen Standpunkte christlich-fundamentalistischer Strömungen betrachtet werden, sondern auch über Gegenstrategien diskutiert werden soll.

**Jennifer Stange** hat im Auftrag von Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen einen Bericht zum „sächsischen Biblebelt“ verfasst. Sie wird Einblicke in das Werte- und Weltverständnis des christlichen Fundamentalismus und dessen politischer Anschlussfähigkeit geben.

Der Vortrag ist eine Kooperation des Conni e.V. und Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen.

Die Veranstalter\_innen behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die neonazistischen Parteien oder Organisationen angehören, der neonazistischen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder sie von dieser auszuschließen.